Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 450 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigegebühren für die 5mal gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Dienstag, 4. September 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Riga genommen

Von der West- und Ostfront

Berlin, 3. Septbr. In Flandern haben die englischen Teilangriffe der letzten Tage aufgehört. Die britische Artillerie hat den Feuerkampf aufgenommen und ein neues Ringen der beiderseitigen Artillerien um die Feuerüberlegenheit hat eingesetzt. Besonders heftig war das Feuer, das sich zeitweise zum Vernichtungsfeuer steigerte, in der Gegend von Nieuport und beiderseits der Bahn Boesinghe-Staden. Die Abwehrwirkung der deutschen Batterien war erfolgreich. Nordöstlich von Boesinghe wurde ein großes Munitionslager getroffen, das mit weithin hörbaren Krachen explodierte.

Die deutschen Flieger waren außerordentlich tätig. Calais und Dünkirchen wurden mit beobachtendem guten Erfolg mit Bomben belegt.

Im Artois drangen deutsche Stoßtrupps in 300 Meter Breite und 200 Meter Tiefe in die englischen Stellungen ein, wo sie zahlreiche Unterstände und Minenstollen sprengten und der Besatzung schwere Verluste zufügten. An der Straße Peronne-Cambrai scheiterte nach kurzem Trommelfeuer ein englischer Angriff. Um 1 Uhr vormittags wurde nördlich der Malakoff-Ferme ein durch heftiges Minenfeuer vorbereiteter englischer Patrouillenvorstoß abgewiesen.

An der Aisnefront wurde den Franzosen der größte Teil ihres geringen Geländegewinnes ihres letzten Angriffes bei Hurtebise durch zähe Tag und Nacht fortgesetzte kleine Kämpfe wieder entrissen.

Die französische Verdun-Offensive ist erlahmt. Das Artilleriefeuer war nur am Abend des 2. September östlich des Chaumewaldes stärker.

Während die Generaloffensive der Entente im Westen bisher ohne jeden positiven Erfolg geblieben ist, erbringt der kleine deutsche Vorstoß im Osten den Beweis, daß sie nicht einmal das zweite bescheidenere Ziel erreicht hat, die deutschen Streitkräfte zu binden und Rußland zu entlasten. Trotzdem die Russen seit langer Zeit mit einer deutschen Unternehmung in der Gegend von Riga rechneten, worauf auch die Zurücknahme ihrer Stellung hinter die Aa deutete und trotz der starken Fleischung des rechten Dünaufers gelang das schwierige Unternehmen des Ueberganges über den breiten Strom im vollen Umfange.

In der Moldau setzten die Russen uns Rumänen ihre bisherigen verlustreichen Gegenangriffe an. Bei Grozesci und am Nordteil des Dj. Cosna scheiterte um Mitternacht ein stärkerer Angriff. Dasselbe Schicksal erlitten die Russen und Rumänen im Vergland zwischen Susita und Putna und bei Maracesti.

Die Sarrail-Offensive nahm ihren Fortgang mit einem wiederum ohne jeden Gewinn verlustreich abgeschlagenen serbischen Angriff gegen den Dobro polje. Auch die Franzosen erlitten eine schwere Niederlage. Trotz starkem Tag und Nacht ununterbrochen fortgesetzten Artilleriefeuer gegen die Höhenstellungen der Verbündeten westlich und nördlich Monastir, wurden ihre Sturmwellen um 5 Uhr vormittags bereits im Sperrfeuer abgewiesen.

Die Isonzoschlacht im Abnehmen?

Berlin, 3. Septbr. Der Kriegsberichterstatter Lennhoff meldet aus K. u. K. Kriegspressequartier: Die Italiener lassen in ihren Angriffen an der Isonzofront allmählich immer größere Pausen eintreten. Am Sonnabend kam es nur zu kleinen lokalen Vorstößen, diese nahmen aber nirgends den Charakter ernstlicher Durchbruchsversuche an. Selbst am Monte San Gabriele vermochte unsere Artillerie die Angreifer in Schach zu halten. Der Höhepunkt der zweiten Phase der 11. Isonzoschlacht ist überschritten. Nach den gewaltigen Verlusten, die sie dem Feinde brachte, kann es sich im Falle neuer Angriffe für ihn nur um einen Versuch handeln, eine günstige Angriffsbasis für eine weitere Isonzo-Schlacht zu erringen.

Berlin, 3. Sept. Ueber die 11. Isonzoschlacht äußert sich der schweizerische Oberst Egli in den „Basler Nachrichten" am 1. September: Generaloberst v. Boroevic scheint sich vor dem Fehler gehütet zu haben, woran so viele Verteidiger zugrunde gehen: Alles behalten wollen. Einem so übermächtigen Feinde, wie die Italiener hier zweifellos sind, muß etwas preisgegeben werden, aber nur, was für den weiteren Verlauf des Kampfes nicht entscheidend sein kann.

Der Hetzer Venizelos

Sofia, 3. Septbr. Die Presseleitung teilt mit: Im Kampf gegen König Konstantin veröffentlicht Venizelos, von dem Wunsche geleitet, Griechenland gegen Bulgarien aufzuhetzen, einen Brief, den der bulgarische Gesandte in Athen seinerzeit der griechischen Regierung bezüglich der Besetzung des Rupelpasses abgegeben hat. In dem Brief wurde namens der bulgarischen Regierung mitgeteilt, daß der genannte Paß aus strategischen Gründen besetzt wurde und daß er geräumt werden würde, sobald diese Gründe wieder wegfielen. Damals übergab bei der Landung von französischen Truppen in Saloniki der französische Gesandte in Athen ein inhaltsgemäß gleichlautendes Schreiben. Venizelos wird es also nicht gelingen, den König bloßzustellen. Ebensowenig wird es ihm gelingen, irgend jemand zu überzeugen, daß die von Bulgarien besetzten griechischen Gebiete von Griechenland freiwillig abgetreten worden sind, zumal man weiß, daß die Besetzung von Rupel, Kavalla, Drama und Sereth nicht ohne Opfer an Toten und Verwundeten von seiten unserer Truppen vor sich gegangen ist.

Riga in unserer Hand

Berlin, 3. Sept. (Amtlich.) Riga ist genommen.

Der Kaiser zur Einnahme von Riga

Berlin, 3. Sept. Der Kaiser richtete an die Kaiserin folgendes Telegramm:

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern meldet mir soeben die Einnahme von Riga durch unsere Truppen. Ein neuer Merkstein deutscher Kraft und unbeirrten Siegeswillens. Gott helfe weiter! Wilhelm.

Weiter richtete der Kaiser an den Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern folgendes Telegramm:

Dir und der 8. Armee spreche ich aus Anlaß der Einnahme von Riga meinen und des Vaterlandes Glückwünsche und Dank aus. — Weitsichtige Führung und stahlharter Willen zum Siege verbürgten den schönen Erfolg. Weiter mit Gott. Wilhelm I. R.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 3. Sept. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nordwestlich von Focsani und südlich von Oena griffen Russen und Rumänen abermals vergeblich an.

Italienischer Kriegsschauplatz

Auf dem Monte San Gabriele führten gestern vor Tagesanbruch Unternehmungen unserer Truppen zu lebhaften Kämpfen, die günstig verliefen. Nachmittags und abends scheiterten am Nordhang des Berges starke italienische Angriffe. Auch östlich von Görz und bei Jamiano blieben Vorstöße des Feindes ergebnislos.

Italienische Flieger bewarfen mehrere Ortschaften der Istrischen Westküste mit Bomben. Ein gegen Triest vordringendes feindliches Luftschiffgeschwader wurde von unsern Seefliegern vor Erreichen des Zieles vertrieben.

Balkan-Kriegsschauplatz

An der Vojusa wurden feindliche Erkundungsabteilungen zurückgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin

Berlin, 3. September. Der Reichskanzler ist heute vormittag von einer fünftägigen Reise nach Belgien und an die Westfront nach Berlin zurückgekehrt. Der Zweck der Reise war, wie die „Nordd. Allgem. Ztg." mitteilt, persönliche Information des Reichskanzlers über die Verhältnisse in Belgien und die Stimmung an der Front. In Belgien nahm der Reichskanzler Gelegenheit, über eine Reihe von Fragen mit dem Generalgouverneur zu beraten und mit den Behörden in Verbindung zu treten. An der Westfront besuchte der Reichskanzler die Führer der Heeresgruppen und hatte Besprechungen mit dem Deutschen Kronprinzen und dem Kronprinzen von Bayern.

Echt deutsche Worte

Hamburg, 3. Sept. In der heutigen Börsenversammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Mit Entrüstung weisen wir die heuchlerische Kritik zurück, die der Präsident der Vereinigten Staaten an unserer deutschen Regierung übt. Wir verbitten uns jegliche Einmischung der feindlichen Regierungen in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands. Wir weisen den abermaligen Versuch, Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges zuzuschieben, als den Tatsachen nicht entsprechend, nachdrücklich zurück und protestieren vor allem gegen das gänzlich unbegründete und aussichtslose Bestreben, einen Zwiespalt zwischen der Regierung und dem deutschen Volke zu konstruieren. Das ganze deutsche Volk ist fest entschlossen, bis zum siegreichen Ende zu kämpfen für die Erhaltung und Befestigung des im Kaisertum verkörperten Deutschen Reiches und für die Beseitigung der Willkürherrschaft über das freie Meer, die sich England widerrechtlich angemaßt hat."

Die Wirkung des U-Bootkrieges

Amsterdam, 3. Septbr. Nach Berichten aus Australien wird die Wirkung des U-Bootkrieges immer drückender empfunden, namentlich das Verschwinden einiger wohlbekannter großer Dampfer mit wertvollen Ladungen, macht großen Eindruck in der Geschäftswelt.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 3. Septbr. Amtlicher Heeresbericht vom 2. Septbr. In Persien ging unser Detachement aus Meriwan weiter in östlicher Richtung zurück und besetzte die Garanbrücke. Sinaifront: Am 1. Septbr. ziemlich starkes Artilleriefeuer.

Der Krieg nach dem Kriege

Vor einiger Zeit schrieb eine englische Zeitung, daß ein Wirtschaftskrieg den militärischen Bankerott vorausetze, und man kann in der Tat verfolgen, daß, je geringer die militärischen Ergebnisse unserer Gegner sind, um so schärfer der Wirtschaftskrieg geführt wird. Namentlich England scheint es stets darauf abgesehen zu haben, das im jetzigen Weltkrieg Verlorene durch den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege wieder zu erlangen. Schrieb doch kürzlich noch die „Morningpost", daß „die Pariser Wirtschaftskonferenz sehr dazu beitragen wird, die Länder des Vierverbandes für die schmerzlichen moralischen und materiellen Verluste, die dieser Krieg im Gefolge gehabt hat, zu entschädigen; sie mag sogar viel schneller zum Siege führen als der bloße Erfolg der Waffen". Alsdann weist die „Morningpost" darauf hin, daß man in Deutschland bald einsehen werde, daß der deutsche Handel in Zukunft nicht erweitert, sondern eingeschränkt würde, und alsdann würden in Deutschland Unstimmigkeiten hervorgerufen werden. In der Tat setze man in England sehr große Hoffnungen auf das Gelingen des Wirtschaftskrieges, und diese Hoffnungen konzentrierten sich in dem Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz. Bekanntlich war im Juni 1916 in Paris eine Einigung über ein systematisches Vorgehen gegen die Zentralmächte auf wirtschaftlichem Gebiet beschlossen worden. Zur Gültigkeit bedarf er freilich noch der Ratifizierung, die bis jetzt nur von Frankreich und Italien, nicht aber von England und Rußland vorgenommen worden ist. Die Beschlüsse zerfallen in drei Gruppen:

In die Maßnahmen während des Krieges,
in die Uebergangsmaßnahmen
und in die dauernden Maßnahmen.

Während des Krieges soll eine Vereinheitlichung der Kampfesmethoden und der Behandlung feindlicher Staatsangehöriger vorgenommen werden. Für die Uebergangszeit sollen alle Verträge mit den Zentralmächten ihr Ende erreichen, und es ist vorgesehen, daß die Meistbegünstigung für eine bestimmte Anzahl von Jahren nicht mehr gewährt werden darf. Der Vierverband hat sich verpflichtet, im Fall dieser Beschluß Nachteile für seinen Handel ergeben sollte, die Absatzmärkte innerhalb der Bundesgenossen als Ersatz zu öffnen. Gleichzeitig wollen die Verbündeten untereinander zum Wiederaufbau die natürlichen Hilfsquellen zur Verfügung stellen und um Handel, Industrie und Landwirtschaft gegen wirtschaftliche Angriffe der Zentralmächte zu verteidigen; andererseits wollen sie den Handel der feindlichen Mächte besonderen Bestimmungen unterwerfen. Deutsche Waren sollen entweder verboten oder „wirksamen Vorkehrungen unterliegen". Mit anderen Worten: deutsche Waren dürfen nur gegen Zuschlagszölle innerhalb einer bestimmten Zeit in die Länder des Vierverbandes gelangen.

Unter den dauernden Maßnahmen ist der Beschluß erwähnenswert, daß der Vierverband sich in bezug auf Rohstoffe von jeglicher Abhängigkeit von feindlichen Ländern freimachen will. Auch hier spielt das Schlagwort von der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den Zentralmächten eine große Rolle.

Wenn ja auch der Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht allzu ernst zu nehmen ist, da bekanntlich nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird, so wäre es doch verfehlt, wollten wir uns achtlos über diese Beschlüsse hinwegsetzen. Selbst wenn nicht alle Pläne zur Ausführung gelangen, so wird man doch damit rechnen müssen, daß uns die Rohstoffzufuhr nach dem Kriege sehr erheblich erschwert wird. England und Frankreich werden da, wo sie Einfluß ausüben, alles daran setzen, um uns die Rohstoffe entweder ganz zu sperren oder sie zu verteuern, daß wir nicht wettbewerbsfähig sind. Diese Tatsachen zwingen uns, darüber nachzudenken, wie wir unsere eigene Rohstoffgewinnung vergrößern können. Denn nach Kriegsbeendigung sind wir gezwungen, wieder Hanf, Baumwolle, Kautschuk, Flachs, Leinen u. dgl. aus dem Auslande einzuführen. Aus der obigen Aufstellung geht hervor, daß eine sehr erheblicher Teil dieser Rohstoffe aus dem Lager unserer Gegner stammt. Wollen wir daher die Pläne, die auf Vernichtung der deutschen Wirtschaft hinauslaufen, durchkreuzen, so gibt es für uns nur ein Mittel, und das sind überseeische Kolonien mit eigener Rohstofferzeugung. Gerade unter diesem Gesichtspunkt gewinnt für Deutschland die Kolonialpolitik eine völlig neue Bedeutung. Bisher konnte von sozialdemokratischer Seite oft gesagt werden, es sei für Deutschland gleichgültig, ob wir Baumwolle aus Deutsch-Ostafrika oder aus Amerika beziehen. Heute gelten diese Einwände nicht mehr; denn es ist für uns keineswegs gleichgültig, ob wir die Rohstoffe selbst erzeugen, oder ob sie in einem Lande wachsen, das in der Lage wäre, die Ausfuhr für uns zu sperren. Wir können nach dem Kriege auf Baumwolle ebensowenig ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191709041-18/fragment/page=0001

richten wir auf Kautschuk, und wir sind gezwungen, beim Einkauf dieser Waren mit anderen Ländern in Wettbewerb zu treten.

Nun wird vielfach eingewandt werden, daß unsere deutschen Kolonien vor dem Kriege nur einen kleinen Teil unseres Rohstoffbedarfs gedeckt haben. Das ist richtig. Aber man darf nicht vergessen, daß unsere koloniale Erzeugung sich im Anfangsstadium befand und daß die Erfolge, die bisher erzielt wurden, vielversprechend waren. Für die erste Zeit wird es uns auch nicht möglich sein, uns ganz unabhängig vom Auslande zu machen. Darauf kommt es auch nicht an. Es genügt, wenn wir einen Teil unseres Bedarfes auf eigenem Grund und Boden erzeugen und nicht mehr so völlig vom Auslande abhängig sind wie bisher. Dadurch, daß wir einen Teil selbst erzeugen, können wir bis zu einem gewissen Grad einen kleinen Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben. Eine eigene Rohstofferzeugung hat neben anderen auch noch den Vorteil, daß wir unser Geld nicht mehr in dem Maße wie bisher in das feindliche Ausland senden, sondern nach einem Gebiet, das uns durch Schikanen unserer Feinde oder sonstige hindernde Maßnahmen nicht verschlossen werden kann. Gerade der Wirtschaftskrieg unserer Feinde zwingt Deutschland zu einer aktiven Kolonialpolitik nach dem Kriege, und dies darf man bei Erörterung der kommenden Kriegsziele nicht außer acht lassen.

Kleinhäuser nach dem Kriege?

Die Bodenreformer sind der Meinung, daß das oberste Ziel der Wohnungsreform, der breiten Masse Wohnungen zu verschaffen, die räumlich und gesundheitlich ausreichen und zu erschwinglichen Preisen beschaffbar sind, einzig erreicht werden kann in dem Einfamilienhaus oder ähnlichen Kleinhausreformen. Damit befinden sie sich indessen, wie Dr. R. von der Borght im „Grundbesitz und Realkredit" nachweist, auf falschem Wege. Zunächst ist es ein Irrtum, daß das Kleinhaus Geräumigkeit, Gesundheitlichkeit und Billigkeit des Wohnens zu gewährleisten vermöchte. Man kann geräumige, gesundheitlich befriedigende Wohnungen zu erschwinglichen Preisen jetzt auch vielfach in den Großstädten finden. Man muß nur richtig zu wählen verstehen. Tatsache ist, daß man in Kleinhäusern oft unzulänglich und schlecht wohnt. Wenn Belgien vielfach als das ideale Kleinhausland gepriesen worden ist, so haben unsere Feldgrauen dort reichlich Gelegenheit gefunden, die Kehrseite kennen zu lernen. Der Geschäftsführer der Zentralstelle für Volkswirtschaft, Professor Dr. H. Albrecht, sagt von den belgischen „Reluiken", d. h. ehemaligen Patrizierhäusern mit großen Höfen, Hintenpfählen und Stallungen, die in Kleinhäuser umgewandelt sind und die er in Brüssel und Gent genau angesehen hat, daß sie sich scheußlich darstellten ba, wo die Nüchteiten nicht unmittelbar aneinander gebaut waren, sondern oft nur 1 Meter breiter Zwischenraum vorhanden war, auf den sich zum Teil die Fenster der Wohnräume öffneten. Der enge Gang bot sich fast überall dar als eine Kloake, von der die übelsten Gerüche ausgingen. In Belsiken wohnten beim Kriegsausbruche in Gent 27 000 Menschen, d. h. 16 v. H. der Bevölkerung. In England liegen die Verhältnisse nicht günstiger. Der Freiburger Magistrat hat festgestellt, daß z. B. die preisgekrönten Arbeiterhäuser in Richmond, einem Vorort Londons, zwar hinsichtlich der Miete billiger seien, als die Freiburger Kleinhäuser, aber in 17 Punkten so sehr hinter ihnen zurückstehen, daß ihre Ausführung nicht empfehlenswert erscheint. Die englischen Häuser haben keinen Keller. Die Hausdrähne sind zum Teil nicht 90 cm breit und gehen nur bis zur Mitte der Häuser. Das englische Haus mit drei Zimmern, Küche, Wasch- und Spülküche hat keinen Hauseingang; die Haustür führt in das Wohnzimmer. Die Treppen sind steil, ohne Podest und aus Holz. Die Stockhöhe beträgt in den ersten Stockwerken ist 2,90 m, in den zweiten 2,90 m, die Tiefe der Häuser 7,90 m. Die Schlafzimmer haben meist nur 10 cbm Luftraum. Die Aborte sind außerhalb der Häuser in einem Anbau untergebracht und nur vom Hofe aus zugänglich. Gaseinrichtungen und Bäder fehlen. Die Höfe sind einfache, leichte Backsteinbauten ohne Dachstuhl und liegen am abgelegenen Ende einer Vorstadt.

Wenn es auch gelänge, die Einfamilienhäuser besser als in England und Belgien zu gestalten, so wäre man damit noch nicht über alle Schwierigkeiten hinweg. Die Aufführung der Wohngelegenheiten in kleine Einfamilienhäuser würde zu einer bedeutenden Ausdehnung der Wohnfläche führen. Das hat zur Folge, daß Kanalisation, Gas- und Wasserleitung sehr viel teurer werden, auch die größeren Entfernungen höhere Fahrpreise auferlegen, ganz abgesehen von dem Zeitverlust. Ueberdies erschwert die Angelegenheit die regelmäßige Versorgung mit den täglichen Bedarfsgegenständen; aus gleichen Gründen bleibt dem Arbeiter für seinen Kleingarten nicht genügend freie Zeit. Die Hauptlast würde die Frau zu tragen haben. Auch kann man sich der Auffassung des Geheimen Baurats Dr. Stübben nur anschließen, daß die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern die Mehrzahl bilden müssten, da das Ein- und Zweifamilienhaus schon wegen der hohen Herstellungskosten für die Menge der Arbeiter unerreichbar sei.

So ist das Kleinhaus nicht die Wohnform, sondern eine neben vielen andern. Am allermeisten werden wir uns nach dem Kriege den Luxus gestatten dürfen, räumlichen und gesundheitlichen Anforderungen genügende Wohnungen durch künstliche Maßregeln zugunsten des Kleinhauses beiseite zu schieben. Festhalten, was gut ist, wird auch da die Losung sein.

Festlicher Empfang deutscher Kriegsgefangener in der Heimat

Berlin, 3. Sept. Am 1. September nachmittags wurde ein größerer Transport über die Schweiz nach der Heimat zurückkehrender deutscher Kriegsgefangener in Konstanz von der Einwohnerschaft festlich empfangen und in Gegenwart Ihrer Kgl. Hoheit der Großherzogin Luise von Baden auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs durch den Generalobersten und Generaladjutanten von Plessen in der Heimat feierlichst begrüßt.

Französischer Heeresbericht

vom 2. September abends: Starke Artillerietätigkeit in der Gegend von Hurtebise und von Maison des Champagne und an der Verdunfront. In den Abschnitten an der Höhe 304, von Samogneux und Beaumont nichts zu melden.

Orientbericht vom 3. September: Zwischen Wardar und Doiransee machten englische Truppen einige Handstreiche, wobei sie etwa zehn Gefangene einbrachten. Oestlich von Dobropolje dauert der Kampf um die am 31. August von den Serben genommenen Stellungen mit verschiedentlich wechselndem Erfolge fort. Nordöstlich von Monastir und im Cernabogen heftiger Geschützkampf.

Russischer Heeresbericht

vom 1. Septbr.: Westfront: Infanteriefeuer besonders in Richtung Wilna und im Abschnitt Smorgan-Krewo.

Rumänische Front: In Richtung Focsani griffen gestern 6 Uhr abends schwache feindliche Abteilungen die rumänischen Stellungen nordwestlich Fresti an. Der Angriff wurde im Sperrfeuer niedergehalten.

Fliegertätigkeit: Am 16. August hat Rittmeister Kosakoff seinen 16. Luftsieg im Abschnitt Broksurwow errungen.

Dänische Pressestimmen zur Neutralitätsverletzung durch England

Kopenhagen, 3. Sept. Nur zwei hauptstädtische Blätter äußern sich zu der gestrigen rücksichtslosen Verletzung der dänischen Neutralität durch die Engländer. „Politiken" schreibt: Die Geschosse bei Holmsland zeigen uns, wie nahe das Unwetter uns ist. Der Schaden, der hierbei verursacht wurde, ist sehr gering. Bevor nicht der amtliche Bericht der dänischen Behörden vorliegt, kennt man zwar nicht alle Einzelheiten, die vorgegangen sind, aber man greift kaum dem Ausfall der Untersuchung vor, wenn man schon jetzt feststellt, daß Neutralitätsverletzungen, die nicht ungetadelt bleiben können, stattgefunden haben. Sobald der Umfang aufgeklärt sein wird, ist es selbstverständlich, daß bei den betreffenden Regierungen Proteste eingereicht werden. Falls man die Bestimmungen des Völkerrechts erfüllt hätte, hätte der Kampf aufhören sollen in dem Augenblick, wo eine der beiden Parteien das neutrale Gebiet betreten hatte.

„Nationaltidende" schreibt: Nach alledem, was vorliegt, kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die britischen Kriegsschiffe bei dem Ereignis von Bjerregaard entschieden eine höchst bedauernswerte Neutralitätsverletzung begingen. Selbstverständlich wird die dänische Regierung sofort einen ernsten Protest in London gegen den Uebergriff einreichen.

Suchomnilow-Prozeß

Petersburg, 3. Sept. Der Zeuge Miljukow sprach über seine Eindrücke gelegentlich eines Zusammenseins mit Suchomlinow im Zimmer des Dumapräsidenten, während der Erörterungen über das große Militärprogramm. Miljukow erklärte, dieser Eindruck war entmutigend. Alle Teilnehmer an der Besprechung erkannten einstimmig, daß Suchomlinow die Verteidigung Rußlands nicht sicher stellen konnte, trotz des im Februar 1914 in der „Börsenztg." unter dem Titel „Wir sind bereit" erschienenen Artikels, der unter der Mitwirkung des früheren Ministers geschrieben war, der auf diese Weise wissentlich Rußland täuschte, obwohl er die militärische Schwäche des Landes gut kannte. Ein Jahr darauf, im Februar 1915, hielt Suchomlinow, als die betrübenden Ergebnisse dieser Schwäche außer Zweifel standen, noch einmal in einer privaten Zusammenkunft von Dumamitgliedern eine optimistische Rede, in der er versicherte, alle Maßnahmen seien ergriffen, um die russische Armee reichlich zu verproviantieren. — Der dritte Zeuge Gutschkow, Präsident der 3. Duma, sagte aus, 1908 begriffen die Dumamitglieder vollkommen, daß Rußland am Vorabend von Ereignissen von höchster Wichtigkeit stände, denn die Berichte aller russischen Militärattaches meldeten übereinstimmend Kriegsvorbereitungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Dumamitglieder begriffen auch, daß, wenn Suchomlinow im Amte bliebe, Rußland überrascht werden würde. Gutschkow erklärte, alle Anstrengungen, die Verproviantierung der Armee zu organisieren, seien auf den Widerstand Suchomlinows, dieser unheilvollen Persönlichkeit der russischen Geschichte, gestoßen. Er berichtete darauf, wie er sich über den Spion Miassojedow habe unterrichten können, den Suchomlinow offen begünstigte und schloß mit der Erklärung: „Rußland ist in den großen Krieg ohne die geringsten Vorbereitungen eingetreten, wofür die Schuld vollkommen Suchomlinow zufällt, der der einzige Verantwortliche für alle russischen Niederlagen ist."

Reuter verschweigt die Wahrheit

Amsterdam, 3. Sept. „Reuter" hat sein vielsagendes Schweigen über den Suchomlinow-Prozeß endlich gebrochen und bringt heute aus Petersburg einen kurzen Bericht, aber nur über die Sonnabend-Aussagen von Rodzianko, Miljukow und Gutschkow, die er Hauptzeugen nennt. Sie alle verurteilen Suchomlinows Vernachlässigung des Heeres und erklärten ihn für den Alleinschuldigen am russischen Unglück. Die entscheidenden Aussagen von Suchomlinow und Januschkewitsch, die allein internationale Bedeutung haben, erwähnt „Reuter" bisher mit keinem Wort.

Französische Kultur

Berlin, 3. Sept. Ueber die Zustände in dem Verwundetenlager Prouy bei Perry berichtet ein Oberarzt, der in der Zeit vom 18. April bis 26. April 1917 dort tätig war: In dem Lager befanden sich 400 Kranke, darunter 100 schwerverletzte deutsche Kriegsgefangene. Sie lagen in Zelten auf einer dünnen Strohschicht, ohne Decken und ohne Mäntel, vom Ungeziefer geplagt. Eßgeschirre und Eßgeräte gab es nicht, das Trinkwasser war trübe und erzeugte Dysenterie, gegen deren Bekämpfung keine Mittel vorhanden waren. Die ärztliche Behandlung spottete jeder Beschreibung. Für die große Zahl der Kranken und Verwundeten war nur ein französischer Arzt vorhanden, der sich sehr wenig um die Kranken kümmerte. Dringend notwendige Operationen wurden erst nach 8 Tagen ausgeführt; Verbände selbst in schweren Fällen oft erst in 5 bis 6 Tagen erneut. Die Ueberführung von Schwerkranken in ein Lazarett wurde grundsätzlich verweigert. Die natürliche Folge einer derartigen Behandlung war die erschreckend große Sterblichkeit. Auch an Mißhandlungen ließen es die Franzosen nicht fehlen. So wurde ein verwundeter Unteroffizier, der eines Morgens das Zelt verließ, vom Posten mit einem Bajonett gestochen, obwohl er auf Anruf sofort stillstand.

Zur Antwortnote Wilsons

Berlin, 3. Sept. Ueber die Antwortnote Wilsons schreiben die „Neuen Züricher Nachrichten": Wir nehmen an, Wilson werde keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, wie das deutsche Volk, nachdem es sich mit beispiellosem Heldenmut siegreich des Ueberfalles fast der ganzen Welt erwehrte, die Zumutung aufnehmen wird, nunmehr den Frieden mit einem inneren Umsturz unheilbarer, innerer Wirren zu erkaufen. Aber auch seine Verbündeten werden von dieser Perspektive kaum erbaut sein, denn Italien steht vor dem Zusammenbruch, Frankreich pendelt zwischen dem Volksaufstand und der Militärdiktatur, England ist der Erschöpfung nahe und die kleinen Neutralen? Wilson verspricht eine erhöhte Existenz im Frieden, vorher aber ruiniert er sie.

Deutsche Kulturarbeit in Polen

Die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung

Im eigentlichen Rußland bestand schon seit den Reformen Alexanders II. städtische Selbstverwaltung; auch die Bezirke hatten in ihren Semstwo-Organisationen Ansätze kommunalen Lebens. Aus politischem Mißtrauen der russischen Regierung blieben diese Vorteile jedoch den Polen versagt.

Die polnischen Städte besaßen lediglich eine bürokratische Verwaltung unter einem von der Krone ernannten Stadtpräsidenten. Korporationsrechte fehlten. Die Bürgerschaft hatte kaum Anteil an der Stadtverwaltung. Das Bürgerschaftsrecht zeigte nur Ansätze. Die Städte besaßen zwar keine Schulen aufzuweisen. Eine Ausnahme bildeten Warschau und Sosnowice, die sich größerer kommunaler Rechte erfreuten.

Auf dem platten Land'e gab es keinerlei Kreisbeschaffung. Der Kreischef war nur Polizeibeamter. Die Städte und kleinen Landflecken waren zu Gesamtgemeinden, der „Gmina" zusammengefaßt. An der Spitze stand ein Bauvorstande, niemals dem der Großgrundbesitzer entnommen. Die russische Regierung verfolgte aus politischen Gründen den Zweck, den Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz aufrechtzuerhalten, und den gebildeten Stand zu Gunsten des ungebildeten aus jeglicher Verwaltungsarbeit auszuschalten. In der Gmina-Versammlung war der Grundbesitz vertreten.

Als während des Krieges die russischen Beamten das Land verließen, trat bei dieser Art der Gemeindeverfassung naturgemäß völliges Chaos ein. Die polnische Bevölkerung in Stadt und Land schloß sich daher zu „Bürgerkomitees" zusammen. Diese gaben sich zwar redliche Mühe, besaßen aber Verwaltungstechnisch zu geringe Vorbildung und Erfahrung, um die Schwierigkeiten der Okkupationsverhältnisse, der Ernährung und der Finanzen aus sich heraus zu überwinden. Die deutschen Okkupationsbehörden wünschten andererseits Ordnung zu schaffen und den Polen die ihnen von Rußland absichtlich vorenthaltene wirksame Selbstverwaltung zu geben.

Daher wurde noch zur Zeit der Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost am 19. Juni 1915 mit Wirkung vom 1. Juli ab die sogenannte „Hindenburgische Städteordnung" erlassen. Sie war auf der Steinschen Städteordnung für die altpreußischen Provinzen aufgebaut und verlieh auch Wahlrecht und Steuerrecht. Mit Rücksicht auf die Okkupationsverhältnisse wurden jedoch anfangs deutsche Bürgermeister an die Spitze der größeren Städte gestellt und die den Kreisen der Landesbewohner entnommenen Stadtverordneten nicht gewählt, sondern ernannt.

Für Warschau, daß aus politischen Rücksichten zuerst von der Städteordnung ausgenommen war, wurde einige Monate später, nachdem das dortige Bürgerkomitee einem aus allgemeinen Wahlen der Bürgerschaft hervorgegangenen Stadtrat Platz gemacht hatte, die Warschauer Stadtordnung erlassen. Sie schuf einen Stadtpräsidenten, einen aus Verhältniswahl in sechs Kurien hervorgegangenen Stadtrat und sicherte den nationalen und konfessionellen Minderheiten, den Deutschen, Evangelischen und Juden — die letzteren machen mit 340 000 Köpfen allein etwa 40 Prozent der Warschauer Bevölkerung aus — eine gerechte Vertretung. Der Stadtordnung, die sich verwaltungstechnisch gut bewährt hat, folgte eine großzügige Eingemeindung der Warschauer Vororte und die Aufstellung eines modernen großstädtischen Bebauungsplans.

Mit der Errichtung des Generalgouvernements erhielt die Hindenburgische Städteordnung Geltung für das gesamte deutsche Okkupationsgebiet. Im Sommer 1916 wurde für die kleinen Städte eine vereinfachte Städteordnung erlassen, die an Stelle der zwei Kollegien der Hindenburgischen Städteordnung nur ein städtisches Kollegium setzte.

Am 1. November 1916 trat eine städtische Wahlordnung in Kraft, die für die Verwaltung der größeren Städte nach dem Muster der Warschauer Stadtordnung aus Verhältniswahl hervorgegangene, für die der kleineren drei mit einfacher Stimmenmehrheit gewählte Kurien schuf. Jedoch kann auch in kleineren Städten das Verhältniswahlrecht eingeführt werden. Die Wahlen fanden in allen Städten in den ersten Monaten des Jahres 1917 statt. Das Wahlsystem hat sich gut bewährt.

Ein polnischer Städtetag, der sämtliche städtischen Kommunalverbände des Generalgouvernements zusammenfaßt, soll in kurzem gegründet werden. Zur Zeit bereit eine Kommission das Land, um die Verwaltung der einzelnen Städte zu befestigen.

Eine Landgemeinde-Ordnung ist bisher noch nicht zur Einführung gelangt, jedoch ist als kommunales Zwischenglied zwischen den Landgemeinden und der Zentralverwaltung nach eingehenden Vorarbeiten am 22. Januar 1916 eine Kreisordnung für das Generalgouvernement erlassen worden. Durch sie wurde den Kreisen ein Teil der Aufgaben übertragen, die in Preußen von den Kreisen und Provinzen gelöst werden. Sie betreffen den Wegebau, die Uebernahme wirtschaftlicher Meliorationen, Einrichtungen zur Hebung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, die Unterstützung leistungsschwacher Städte, die Armenpflege, die Unterstützung der russischen Reservistenfrauen, die Blinden- und Krüppelfürsorge, die Seuchenbekämpfung und das allgemeine Gesundheitswesen.

Seit Anfang November 1916 ist eine Kreistagswahlordnung in Kraft. Die Zahl der Kreistagsabgeordneten schwankt je nach der Größe der Kreiskommunalverbände, die 100 000 bis 350 000 Einwohner zählen, zwischen 24 und einigen 50 Abgeordneten, die auf Stadt und Land nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl gleichmäßig verteilt werden. Warschau und Lodz bilden selbständige Stadtkreise. Die ländlichen Abgeordneten verteilen sich je zur Hälfte auf Großgrundbesitz und Bauernschaft. Die Bauernabgeordneten werden in den Gmina-Verbänden nach gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht gewählt.

Die Kreisfinanzen, die auf Monopole, direkte Steuern und Zuschläge zu den direkten Steuern gestellt sind, haben sich im Gegensatz zu den Städten, die wegen des Darniederliegens der gewerblichen Tätigkeit in sehr bedrängter Lage sind, befriedigend entwickelt. Leistungsschwache Kreise können aus dem „Zentral-Dotationsfonds" unterstützt werden, der durch Abgaben der Kreise aus direkten Steuern nach Art von Provinzialabgaben gefüllt wird und besonders für Chausseebauten namhafte staatliche Beihilfen von 20 bis 33⅓ v. H. der Kosten gewährt. Kreisanleihen waren bisher nicht nötig, können aber durch die seit Dezember 1916 errichtete „Polnische Landes-Darlehnskasse" finanziert werden.

Die Kreisordnung, die die Heranziehung des von den Russen gänzlich unterdrückten Großgrundbesitzes, die gemeinsame Arbeit von Großgrundbesitz, Bauernschaft und städtischer Bevölkerung und die Beseitigung des tiefeingewurzelten, künstlich genährten gegenseitigen Mißtrauens bezweckte, hat sich sehr gut bewährt. Im Anfange wurde die gesamte Kommunalpolitik der deutschen Verwaltung von den Polen in Stadt und Land mit großem Mißtrauen aufgenommen, trotzdem sie den Polen Freiheiten schenkte, an die sie unter russischer Herrschaft nicht zu denken gewagt hatten. Man betrachtete in echt polnischer Phantasterei die neuen Gesetze als eine Art Kriegsauflage. Heute hat man schon größeres Verständnis für das Erreichte und die Zweckmäßigkeit der mustergültigen deutschen Verwaltungsmaßnahmen. Was von ihnen später bleiben wird, muß die Zukunft lehren. Vieles wird sicherlich dauernden Bestand erhalten. Die deutschen Maßnahmen haben auch der Lubliner Verwaltung im österreichischen Okkupationsgebiet als Muster gedient.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191709041-18/fragment/page=0002

Provinz Sachsen und Umgebung

Kirche, Schule, Jubiläen, Ernennungen

Jerichow, 2. Sept. (Die evangelischen Jungmännervereine des Kirchenkreises Sandau) versammelten sich in unserer Stadt zum zweiten Verbandsfeste zu einem Andacht. Die Feier begann in der Klosterkirche mit einer, die dem Gedächtnis Luthers und der Reformation gewidmet war. Eine Besichtigung der Kirche und der noch erhaltenen Klosterräume schloß sich an. Im Voegeschen Saale wurde nach der Feier fortgesetzt, die durch Ansprachen, Aufführungen und Gesänge einen schönen Verlauf nahm. Mit einem Gelöbnis Wiederleben im nächsten Jahre" trennte man sich.

Genthin, 2. Sept. (Versetzung.) Der langjährige Rektor Lang hier ist nach Löwenberg in Schlesien versetzt.

Lebens- und Genußmittelfragen

— **Aus dem Kreise Jerichow I**, 2. September. (Eier-Versorgung.) Zur Versorgung von Heer, Flotte und Großstädten hat der Kreisausschuß weitere Eierumlagen auf die Gemeinden ausgeschrieben. In der Zeit vom 1. bis 10. September müssen zwei Eier, vom 1. bis 10. Oktober ein Ei für jedes Huhn abgeliefert werden. Eine dritte Umlage behält sich der Kreisausschuß vor; mit noch mehr Umlagen ist aber bis zum 1. März 1918 nicht zu rechnen. Für jedes nicht gelieferte Ei hat der Geflügelhalter 50 Pfennige Strafe zu zahlen. Der Einkaufsgroßhandelspreis darf den Erzeugerhöchstpreis um höchstens 5 Pfennige für das Ei übersteigen. Für Knickeier gilt dasselbe.

Verschiedene Nachrichten

— **Nebra**, 2. Septbr. (Staatssekretär a. D. Dr. Wolff wird, wie der „Nebraer Anz." berichtet, am 1. Oktober bei Frau Ingst übersiedeln. Das Schloß, die Gärtnerei und die Jagd hat er bis auf weiteres gepachtet, während der Wirtschaftsbetrieb nach wie vor in den Händen der Familie von Helldorff verbleibt.

— **Kahle**, 2. Septbr. (An den Folgen einer Blutvergiftung) starb im Lazarett zu Tourcoing der langjährige Beamte der Porzellanfabrik Kahla, Kaufmann Johannes Wolff. Der 44 Jahre alte Mann war von einer Krankheit befallen worden.

— **Stendal**, 2. Septbr. (Die Polizeistunde) in der Stadt Stendal ist für Gastwirtschaften usw. auf 10½ Uhr, für Theater, Kinos usw. auf 10 Uhr festgesetzt.

× **Aken**, 1. Sept. (Die Hühnerjagd) hat hier bis jetzt nur geringe Ergebnisse gehabt. Die Jäger behaupten, daß in dem strengen und anhaltenden Winter viele alte Hühner eingegangen sind, wodurch sich natürlich die Zahl der Gehege von Jahr zu Jahr verringert hat. Die jungen Hühner sind gut ausgewachsen; ihre Zahl noch im Laufe des Sommers zurückgegangen ist, was liegt an der mangelnden Deckung (z. B. Rückgang des Rübenbaues und an der Zunahme des Raubwildes, die durch die Einsperrung so vieler Jäger und Forstleute zu den Waffen entschieden begünstigt worden ist.

— **Bernburg**, 2. September. (Kinderschutz.) Wie wir vor einigen Tagen berichteten, sollen auf Veranlassung des anhaltischen Staatsministeriums in den Kreisen und Hauptstädten des Landes örtliche Ausschüsse gebildet werden, die im Interesse des Säuglings- und Kinderschutzes Sammlungen und einen Opfertag veranstalten; auch ist eine Ausstellung vor belehrenden und aufklärenden Darstellungen ins Auge gefaßt. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung fand gestern in dem Stadthaussaale eine Versammlung statt, zu der der Einladung des Oberbürgermeisters Leinebeer eine große Anzahl Damen und Herren aller Kreise erschienen waren. Der Vorsitzende bezeichnete die immer mehr zurnehmende Säuglingssterblichkeit und den immer stärker werdenden Geburtenrückgang als eine Gefahr, die für unser Vaterland verhängnisvoll werden könne. Geheimrat Dr. Esleben beleuchtete darauf in einem Vortrage vom medizinischen Standpunkt aus diese Frage an der Hand reichen statistischen Materials. Auf tausend Bewohner kamen von 40 Jahren noch 42 Geburten, während vor Ausbruch des Krieges es nur noch 28 waren, also um ein Drittel geht unser Bevölkerungszuwachs zurück! Um dieser bedrohlichen Erscheinung entgegenzutreten, bedarf es allerdings wirksamer Gegenmaßregeln, die nicht nur in Belehrung und Aufklärung bestehen dürfen, sondern [illegible] Verhältnisse notwendig machen. Im Verlauf der Verhandlungen bildete sich ein Komitee, das diese Angelegenheit in unserer Stadt in die Hand nehmen soll.

— **Bernburg**, 2. Septbr. (Um Fliegen aus dem Schweinestall zu verscheuchen,) bediente sich ein Anwohner des Saaleweges eines brennenden Strohwisches. Er erreichte seinen Zweck auch sehr gründlich, denn der Stall fing in Flammen auf, so daß nur mit Mühe das Vieh gerettet werden konnte. Die bösen Fliegen aber waren radikal vertrieben.

— **Dessau**, 3. Septber. (Treue Anhaltiner in Stockholm.) Anläßlich des Geburtstags Seiner Hoheit des Herzogs haben treue Anhaltiner, die in Stockholm ansässig sind, unter sich den Betrag von 200 Mark gesammelt und durch Herrn Direktor H. Th. R. Schmidt Seiner Exzellenz Herrn Staatsminister Dr. Laue zur Linderung von Kriegsnot übermitteln lassen.

— **Dessau**, 2. Septbr. (Aufhebung der Maschinen-Ausgleichsstelle für Anhalt.) Gemäß kriegsministerieller Verfügung wird die Maschinen-Ausgleichsstelle für das Herzogtum Anhalt mit dem Sitze in Bernburg ab 1. September 1917 aufgelöst. Die Geschäfte werden an die neu errichtete technische Bezirksdienststelle in Magdeburg, Augustastraße 26 (Fernruf des stellv. Generalkommando) übergeführt.

— **Schwanebeck**, 2 Septbr. (Wild gewordene Kuh.) Dem Viehhändler Bösenberg aus Badersleben war beim Verladen auf dem Bahnhof Eilenstedt eine Kuh entlaufen und hatte viele Flurschäden angerichtet. Zwei Eisenbahner Männer, die die Kuh einfangen wollten, wurden mitgerissen und mehrmals niedergeworfen. Die wild gewordene Kuh wurde mit Genehmigung des Besitzers und der Polizeiverwaltung vom Landwirt Siebert in der Gegend Klausberg erschossen.

(.) **Aus Thüringen**, 3. September. (Landwirtschaftliches. — Austunftei für Pilze.) Mit der Tabakernte im Werrastal, die einen guten Ertrag liefert, wurde begonnen. Die Niederschläge der letzten Wochen haben die Aussichten auf eine gute Zuckerrübenernte in ganz Thüringen günstig beeinflußt. Die Kraut ernte dagegen verspricht wenig Ertrag, da die Raupen alles vernichteten. Kartoffeln und Futterkräuter aber haben sich recht gut erholt. — Das Gothaer Staatsministerium hat durch Geheimrat Wilharm eine Auskunftei für Pilze errichtet, in welcher durch Männer der Wissenschaft und Frauen der Hilfsbedeutung weite Kreise der Bevölkerung in Theorie und Praxis durch Bildungsvorträge und öffentliche Kostproben die Kenntnis und Verwertung der eßbaren Pilze gelehrt erhalten. Das gemeinnützige Vorgehen verdient auch anderwärts Nachahmung.

30 bis 50 Mark für den Zentner Kartoffeln

Vor einigen Tagen hat Herr von Oldenburg-Januschau, wie wir bereits mitteilten, abermals einen Brief, den dritten, veröffentlicht, in dem er sich erneut über die wichtigsten, allen am Herzen liegenden Ernährungsfragen eingehend ausspricht. Von besonderem Werte sind seine von uns zustimmend wiedergegebenen Bemerkungen über die ausreichende Lieferung von Kartoffeln, die ja für die Ernährung der Bevölkerung, vor allem der großstädtischen, von ausschlaggebender Bedeutung sind. Alle Verständigen, auch diejenigen, die kein Ar und kein Halm ihr eigen nennen, werden Herrn v. Oldenburg darin vollkommen beipflichten, daß alle mit der Kartoffelversorgung zusammenhängenden Fragen sich am besten dann zu allseitiger Zufriedenheit lösen lassen, wenn Stadt und Land sich nicht als Gegner gegenüberstehen, sondern in gegenseitigem Verständnis einträchtig zusammen wirken. Ebenso zutreffend ist Herrn v. Oldenburgs weitere Bemerkung, daß die Kartoffel selbst bei hohen Preisen immer noch das billigste Gemüse ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat Herr v. Oldenburg seinen Vorschlag gemacht, der ernsthaft erwogen zu werden verdient, wenn man nur ohne Voreingenommenheit und Uebelwollen an seine Beurteilung herantritt. Danach soll der Staat sich 100 Millionen Zentner Kartoffeln dadurch beschaffen, daß er allen Landwirten, die über einen Morgen Kartoffeln bauen, eine Abgabe von etwa 10 Zentnern auferlegt — im Jahre 1914 wurde der mittlere Ertrag an Kartoffeln auf 75 Zentner auf den Morgen geschätzt —, diese anständig bezahlt und bis zum 1. November geliefert verlangt. Ueber den Preis soll jeder Erzeuger freie Verfügung haben, sobald er die ihm auferlegte Menge abgeliefert hat. Dann werde die Kartoffelstelle über diese 100 Millionen Zentner rechtzeitig und richtig und so verfügen können, daß keine Kartoffel umkommt und keine unnütz im Lande spazieren gefahren werden, und jeder Deutsche werde sich zu Preisen, die die Kartoffeln wert seien, soviel kaufen können, um sich satt zu essen, falls er mit der ihm vom Staate gelieferten Menge nicht auskommt.

Dieser Vorschlag, der durchaus beachtenswert ist, hat den Zorn eines Berliner Blattes erregt, das sich von jeher durch eine völlige Verständnislosigkeit allen landwirtschaftlichen Fragen gegenüber ausgezeichnet hat. In diesem Falle freilich muß selbst dieses Blatt — es ist, wie wohl nicht erst ausdrücklich erwähnt zu werden braucht, das „Berliner Tageblatt" — zugestehen, daß jener Vorschlag des Herrn v. Oldenburg in Erwägung gezogen werden könnte. Aber etwas gut zu heißen, was von einem anerkannten Führer der „Agrarier" und vor allem einem Vertreter des dem Blatte besonders verhaßten Großgrundbesitzes herrührt, soweit dieser sich nicht zufällig in den Händen seiner Gesinnungsgenossen befindet, geht ihm natürlich völlig gegen den Strich. Das „Berliner Tageblatt" wittert daher hinter jenem Vorschlage gesinnungsgemäß eine besonders tückische Bosheit des Herrn v. Oldenburg, dem es, so meint das Blatt, nur darauf ankomme, einen recht hohen Verkaufspreis für die Kartoffeln zu erzielen. Und um diese Absicht in ihrer ganzen Schändlichkeit an den Pranger zu stellen, behauptet das „Berliner Tageblatt" mit eiserner Stirn, daß schon jetzt „hintenherum" von den Produzenten 30—50 Mark für den Zentner Kartoffeln gefordert würden. Da das Bestreben jenes Blattes schon immer darauf gerichtet gewesen ist, einen Keil zwischen die deutsche Landwirtschaft zu treiben, und die Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz auszuspielen, behauptet es kühn, daß nach der Durchführung des v. Oldenburgschen Planes der Kartoffelpreis eine „schwindelhafte Höhe" erreichen würde und dann die Großgrundbesitzer sich „die Hände reiben" können.

Zunächst muß entschiedene Verwahrung gegen die Behauptung eingelegt werden, daß Erzeuger 30—50 Mark für den Zentner Kartoffeln gefordert haben könnten. Es wird hier die beliebte Praxis des Diebes geübt, der gestohlen hat und nun davon läuft und fortwährend schreit: Haltet den Dieb! Wenn wirklich das eine oder andere Mal ein solcher Preis bezahlt worden ist — daß er gefordert werden könnte, muß bis zum Beweise des Gegenteils aufs entschiedenste bestritten werden —, so kann dies nur von einem der millionenreichen Leser des „Berliner Tageblattes" geschehen sein, der in der Tat wirklicher Kartoffelknappheit unter der krankhaften Selbsteingebung stand, er werde nichts mehr zu essen bekommen, und infolgedessen verhungern müssen.

Und wie steht es endlich mit der Annahme des „Berliner Tageblatts", daß nur die Großgrundbesitzer Vorteile von einem hohen Kartoffelpreise hätten, wobei ganz außer Betracht bleiben soll, ob diese Preise überhaupt so erheblich in die Höhe gehen würden, wenn die nicht von der Reichskartoffelstelle beanspruchten Mengen im freien Verkehr zu kaufen wären? Nach der preußischen Anbaustatistik von 1917 — nur in Preußen gibt es den dem „Berliner Tageblatt" so unangenehmen Großgrundbesitz — waren in jenem Jahre insgesamt 2 240 400 Hektar mit Kartoffeln bestellt. Rechnen wir diejenigen Betriebe, die über 100 Hektar groß sind, zunächst einmal zum Großgrundbesitz — wiewohl nicht außer Acht gelassen werden darf, daß gerade für die, die meisten Kartoffeln bauenden östlichen Provinzen Preußens die Grenze von 100 Hektar noch keineswegs den Uebergang zum Großbetriebe darstellt, dort vielmehr Wirtschaftsflächen von 100—200 Hektar nur die entsprechende wirtschaftliche Größe für westliche Bauerngüter von 50 bis 100 Hektar bedeuten — so ergibt sich folgendes Bild:

Es waren bestellt mit Kartoffeln von den sämtlichen Betrieben (Haupt- und Nebenbetriebe zusammen) durch die

Zwergbetriebe (unter ½ Hektar) . . .	114 600 Hektar
Parzellenbetriebe (½—2 Hektar) . . .	216 800 Hektar
Kleinbäuerliche Betriebe (2—5 Hektar) .	261 800 Hektar
Mittelbäuerliche Betriebe (5—20 Hektar)	588 200 Hektar
Großbäuerl. Betriebe (20—100 Hektar) .	461 600 Hektar
Es waren also im Jahre 1907 vom Kleingrundbesitz zusammen	1 646 800 Hektar

bestellt worden, während die über 100 Hektar umfassenden Großbetriebe nur 593 600 Hektar angebaut hatten! An diesen Zahlen ist besonders bemerkenswert, daß gerade die mittelbäuerlichen Betriebe fast ebensoviel von ihrem Acker mit Kartoffeln bestellt hatten, als die Großbetriebe über 100 Hektar. Die Behauptung des „Berliner Tageblattes", daß an höheren Kartoffelpreisen nur die Großgrundbesitzer interessiert seien, fällt angesichts jener nüchternen statistischen Zahlen wie ein Kartenhaus zusammen und kennzeichnet sich somit als ein Kniff, der gerade in diesen Zeiten, wo alle Berufsstände eng zusammenhalten sollen, um ein zu einem vollständigen Siege notwendiges Durchhalten zu gewährleisten, als besonders vaterlandsschädigend, der aufs schärfste zu verwerfen ist.

(Nachdruck verboten.)

Der Amateur-Detektiv

50] Roman von G. von Stockmans.

„Möglich, aber wahr ist es doch. Sie haben keinen Mut zum Glück, und gagen und zaudern, als wären Sie ein kleines Mädchen, das nicht weiß, was es will. Ich meinerseits eigne mich aber absolut nicht zum Toggenburg. Um Ihre Liebe betteln kann ich nicht, und eine lange Ungewißheit vertrage ich auch nicht. Wenn Sie sich zu lange besinnen, verschwinde ich eines Tages aus Ihrem Gesichtskreis und komme nicht wieder. Darauf können Sie sich verlassen."

Das war wieder der Ton, der ihr imponierte, die Art, die sie anzog, und überhaupt, der ganze Mensch, wie er da war, in seiner Schneidigkeit und vornehmen Häßlichkeit, gefiel ihr. Sein Schutz und sein Name waren nicht zu verachten, und an seiner Neigung zweifelte sie eigentlich auch nicht mehr. Es war nur der Gedanke an eine neue Eheschließung überhaupt, der sie noch zögern ließ. Indessen auch der würde überwunden. Sie fand ihre Sicherheit und ihre gute Laune wieder. Derselben mischte sich sogar ein wenig übermütige Freude bei, und nachdem sie wieder eine Weile schweigend dahingeritten waren, sagte sie mit einem allerliebsten koketten Lächeln:

„Wie ist eigentlich Ihr Vorname, Graf?"

„Ernst Eberhard," war die kurze Erwiderung.

„Ohm", meinte sie, „das klingt ganz gut, ist aber für den täglichen Gebrauch doch ein bißchen lang. Ich glaube, ich werde lieber Hardi sagen, wenn Ihnen das recht ist, Graf."

„Mir recht?" Er beugte sich plötzlich zu ihr, als wollte er sie in jauchzender Freude an sich reißen, aber er umfaßte nur mit krampfhaftem Druck ihre Hand, die auf dem Sattelknopf ruhte, und stieß einen eigentümlichen kurzen, triumphierenden Ruf aus, den die Pferde von der Rennbahn her kannten und in diesem Augenblick mißverstanden. Jedenfalls jagten sie plötzlich gleichzeitig Kopf an Kopf davon, und den beiden Reitern in ihrer erregten Stimmung war diese improvisierte, wilde Jagd gerade recht. Als sie die Tiere wieder zu einer gemäßigten Gangart zurückgeführt hatten, sahen sie sich atemlos, aber mit einem glücklichen, übermütigen Lachen in die Augen, und wie ein paar gute Kameraden, die sich verstehen und vertrauen, kehrten sie miteinander in die Stadt zurück.

16.

Effenbergers unerwartete Abreise, die so viel Aufregung hervorrief und so verschieden kommentiert wurde, war indirekt durch eine Persönlichkeit veranlaßt worden, an die niemand dachte, und die viel zu unbedeutend erschien, um in diesem Fall eine Rolle zu spielen.

Die Kommerzienrätin Engel in Frettwitz hatte nämlich Besuch von ihrer jüngsten Tochter, der Frau Rina von Nettelbach, bekommen, und war dadurch so beglückt und erregt gewesen, daß sie bei einer Aussprache mit dem seltenen Gast die gewahrte Vorsicht etwas außer acht gelassen hatte. Sie nahm die junge Frau, die noch nichts wußte, mit hinauf in ihr Ankleidezimmer, wo sie glaubte ganz sicher und ungestört zu sein, und erzählte ihr von dem Silberdiebstahl und seiner Entdeckung. Dann schilderte sie Ladenburgs Eifer und Geschicklichkeit als geheimer Detektiv und las ihr schließlich seinen letzten Brief vor, in dem er ausführlich über die Auffindung des Bildes bei Rose Rittmeier und Effenberger berichtete. Ganz hingenommen von ihrem Gegenstand, dachte sie nur an den Ruisdael und seine bevorstehende Wiedergewinnung, und vergaß darüber ganz und gar, daß die kleine Ursel, ihre jüngste Enkelin und Ladenburgs begeisterte Freundin, im Nebenzimmer mit einer Erkältung zu Bett lag. Die Tür war zwar geschlossen und die Portiere zugezogen, aber eine Tür läßt sich mitunter unbemerkt öffnen, und der Vorhang verbirgt die Gefahr, wenn sie sich naht.

Ursel war ein liebes Ding und nicht neugieriger, als andere lebhafte, intelligente Kinder, aber als sie ausgeschlafen hatte, langweilte sie sich sträflich und dachte darüber nach, was sie wohl anstellen könne, um die Zeit zu kürzen. Da erklangen nebenan bekannte Stimmen, und sie horchte auf. Dann sprang sie aus dem Bett, schlich zur Tür, drückte die Klinke leise herab und blieb aufmerksam lauschend stehen. Tante Nina, die so hübsch und elegant aussah und den Kindern immer etwas mitbrachte, war für Ursel an sich schon eine interessante Persönlichkeit und daß Großmama wiederholt von einem Geheimnis sprach, machte die Sache noch interessanter. Zugleich fand sie es sehr spaßig, so da zu stehen, und alles zu beobachten und mit anzuhören, ohne daß die Großen das wußten, und so verfolgte sie die Unterhaltung und das Mienenspiel der beiden Damen mit der größten Spannung.

Dann, als sie das Zimmer verließen, war sie wieder mit einem Satz in ihrem Bett, lachte über den gelungenen Streich und langweilte sich gar nicht mehr. Sie hatte ja nun etwas, worüber sie nachdenken konnte.

Eine halbe Stunde später kam Schwester Thea, um nach der kleinen Patientin zu sehen, und war sehr erstaunt, sie so frisch und munter zu finden. Ursel umarmte sie stürmisch und sagte dann mit wichtiger Miene:

„Du, Schwester Thea, ich will Dir mal etwas erzählen, aber Du darfst es nicht weitersagen. Es ist nämlich ein ganz, ganz großes Geheimnis, und niemand darf es eigentlich wissen, außer Großmama und Tante Nina."

Die Pflegerin lächelte ungläubig. „Das wird ein schönes Geheimnis sein, kleine Maus, das man Dir anvertraut hat."

Die Kleine machte ein pfiffiges Gesicht. „Hat man gar nicht, Schwester Thea," sagte sie, „ich habe nur heimlich alles mit angehört, was Großmama und Tante Nina nebenan sprachen. Von Dir und Onkel Ladenburg war auch die Rede."

„Von mir?" Nun wurde die Schwester aufmerksam.

„Ja, ganz gewiß, und von einer Frau Rittberger und einem Herrn Effmeier, die Du auch kennst, Schwester Thea."

„Du meinst wohl Frau Rittmeier und Doktor Effenberger."

Ursel klatschte in die Hände. „Ja, ja, so wars. Der Onkel Ladenburg kennt die beiden, und der Doktor ist ein ganz schlechter Mensch. Denke Dir nur. Der ist bei Großpapa im Hause gewesen und hat seine Bilder besehen, und weil er das eine gern haben wollte und es nicht kriegen konnte, hat er seine Freundin hergeschickt, eine scheinheilige, durchtriebene Person, sagt Großmama, die hat das hübsche Bild heimlich weggenommen und ein anderes dafür hingehangen. Der Onkel Ladenburg, den wir beide so gern haben, hat das alles herausgekriegt, weil er mal einen Brief von Dir bekommen hat, den sonst kein Mensch lesen konnte. Auf dem stand keine Adresse, sondern nur 999, und nun weiß er auch, daß der Doktor gar kein richtiger Doktor ist, sondern sein toter Bruder, und das Bild muß der wieder rausgeben, oder die Polizei nimmt es ihm weg und sperrt ihn ein, und dann kann er überhaupt gar nichts mehr machen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191709041-18/fragment/page=0003

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 4. September

Der Schutz des Kindes

ist eine Aufgabe von hoher vaterländischer Bedeutung. Diese Aufgabe ist uns durch die stark ansteigende Verwaisungsziffer infolge des Krieges besonders nahe gerückt. Bei ihrer Durchführung wird uns zustatten kommen, daß die Landesversicherungsanstalten in der Lage und durch ein während des Krieges am 12. Juni 1916 ergangenes Reichsgesetz verpflichtet sind, zu den Ausgaben für Waisenfürsorge beizusteuern. Durch die im Rahmen der Reichsversicherungsordnung geschaffene Hinterbliebenenversicherung ist wenigstens im bescheidenen Maße eine Grundlage für die wirtschaftliche Fürsorge für die Waisen gegeben. Der starke Einfluß des Krieges wird aus den Summen ersichtlich, die für die Waisenversorgung erforderlich sind. Während die Waisenrenten 1913 einen Jahresbetrag von 2½ Millionen Mark erforderten, wird für 1916 dieser Aufwand rund 25 Millionen Mark betragen, wovon durch das Reich 17 und durch die Landesversicherungsanstalten 8 Millionen Mark zu zahlen sind. Die Zahl der Waisen, die im Genuß der Rente stehen, berechnet sich für Ende 1916 auf über 650 000 Waisen.

Mit dieser rein geldlichen Versorgung ist die Fürsorge für die Waisen, insbesondere für die Kriegerwaisen, an die wir einen Teil der Dankesschuld für die Heldentaten ihrer Väter abstatten können, keineswegs erschöpft. Zu den sehr bescheidenen Bezügen aus der Reichshinterbliebenenversicherung treten die Ansprüche auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes sowie die Leistungen der öffentlichen Armen- und Waisenpflege. Zu der geldlichen Leistung der Reichsversicherung tritt ferner die Kinderfürsorge der Landesversicherungsanstalten hinzu. Diese sind gesetzlich befugt, die Waisen der geordneten Anstaltspflege in Waisenhäusern oder, soweit sie kränklich sind, in Heil- und Pflegestätten anzuvertrauen. Die Gesamtzahl der auf diese Weise versorgten Kinder ist seit 1912 auf rund 1700 gestiegen. Vorbildlich sind auf diesem Gebiete die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte und die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz vorgegangen. Die erstere hat schon 1913 begonnen, die Rentenwaisen in ländlicher Pflege unterzubringen, und hat 1914 ein eigenes Erholungsheim für Kinder mit 50 Betten in Groß-Hansdorf in Holstein errichtet, das seitdem zu Umfang verdoppelt und mustergültig eingerichtet ist. Die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz will ebenfalls die Kriegswunden durch planmäßige Kinderfürsorge lindern, insbesondere durch Heilung und Pflege erkrankter und schwächlicher Kinder und Unterbringung von Kriegswaisen in Familienpflege unter Mitwirkung von Erziehungsvereinen.

Wenn diese Ansätze einer planmäßigen Kinder- und Waisenfürsorge, die auch in der Belegung der Reichswaisenhäuser der Deutschen Reichsfechtschule zum Ausdruck kommt, angesichts der großen Zahl von 650 000 Waisen immerhin noch gering erscheinen mögen, so ist doch ein bielversprechender Anfang gemacht und die Bewegung in Fluß gebracht. Bei dem sozialen Zuge unserer Zeit, der mustergültig für alle Nationen die deutsche Gesetzgebung durchweht, kann es nicht fehlen, daß immer weitere Fortschritte gemacht werden zum Segen und Heil für die Zukunft unseres Vaterlandes.

— **Die Rote Kreuz-Medaille dritter Klasse** wurde folgenden Mitgliedern der Krieger-Sanitäts-Kolonne verliehen: Zugführer Kunitz, Gruppenführer Elste, Landsturmmann Landmann und den Sanitätern Werner, Herrmann und Kleinschmidt. — Das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erhielt Gefreiter Schulz.

Aus dem Gerichtssaal

Handel mit Brotaufstrich

Wegen Vergehen gegen die Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916, betreffend den unerlaubten Handel mit Lebensmitteln und übermäßiger Preissteigerung, hatte sich der Maschinist Karl K. vor dem Schöffengericht Halle zu verantworten. Der Angeklagte kaufte im April von einer Firma 20 Zentner Fruchtmus, das Pfund zu 90 Pfg., und verkaufte es wieder an die Hallesche Pfännerschaft zu 1,20 Mk. für das Pfund weiter. Die Marmelade ging in Gärung über und der Angeklagte mußte den größten Teil wieder zurücknehmen. In der Verhandlung ergab sich, daß man dem Angeklagten in Bezug auf die übermäßige Preissteigerung die Lieferung der Eimer und die Fuhrunkosten zu Gute rechnen mußte. Der Amtsanwalt beantragte für den ersten Fall 2000 Mark, für die übermäßige Preissteigerung 1000 Mark, insgesamt 3000 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 500 Mark Geldstrafe, wovon 400 Mark auf unerlaubten Handel und 100 Mark auf übermäßigen Gewinn kamen.

Ein Paar Schuhe gestohlen

Das Dienstmädchen Anna B. wollte an einem Sonntag zu seinen Eltern fahren. Tags zuvor wollte es seine Schuhe vom Schuhmacher holen, die es dort zum Besohlen hatte. Da die Schuhe noch nicht fertig waren, stahl die B. dem Schuhmacher ein Paar Schnürschuhe im Werte von 40 Mark. Das Mädchen war geständig. Der Amtsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte demgemäß, doch soll die Verurteilte zur bedingten Begnadigung empfohlen werden, da sie bisher unbescholten ist.

Eine Kriegstrauung mit Hindernissen

Der Landwirt B. hatte sich wegen Freiheitsberaubung in fortgesetzter Handlung vor dem Halleschen Schöffengericht zu verantworten. Der 46jährige Angeklagte, der bei seiner Mutter wohnte, hatte deren Dienstmädchen die Erlaubnis verweigert, mit ihrem jetzigen Mann die Kriegstrauung einzugehen. Außerdem hatte er veranlaßt, daß die Fenster zugebunden und die Gartentür verschlossen wurden, so daß es dem Mädchen nicht einmal möglich war, mit seinem Bräutigam einige Worte zu reden. Das Mädchen mußte erst auf Veranlassung des Bräutigams durch die Polizei befreit werden. Das Gericht erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.

Eine üble Nachrede

Der Schneidermeister Otto P. hatte einer hiesigen Firma nachgeredet, daß sie verdorbenes Pflaumenmus in Handel bringe. Der Schneidermeister mußte sich deshalb vor dem Schöffengericht verantworten. Das Gericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe.

Landwirtschaftliches

Preiserhöhung für künstliche Düngemittel

Die unliebsamen Verzögerungen, die in der Erfüllung zahlreicher Lieferungsverträge mit Düngemittelhändlern und -Fabriken eingetreten sind und die Versorgung der Landwirtschaft zur rechten Zeit gefährden, sowie die noch immer unbefriedigende Preisgestaltung haben das Reichsernährungsamt veranlaßt, die Herbeiführung einer Einigung zwischen dem Düngemittelhandel und den Fabriken einerseits und den Vertretern der Landwirtschaft anzubahnen. In einer gemeinsamen Sitzung im Reichsernährungsamt kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: Eine Preiserhöhung tritt zunächst ein für Phosphorsäure und zwar nach vier verschiedenen Lieferungsgebieten.

Die neuen Preise für Phosphorsäure betragen:

I. für den Süden des Reichs	124 Pfg.
II. für Rheinland und Westfalen	128 „
III. für ganz Mitteldeutschland	180 „
IV. für den Osten mit beiden Mecklenburg	189 „

Das Mischungsverhältnis der Ammoniak-Superphosphatmischungen wurde neu festgesetzt. Diese Mischungen dürfen in Zukunft nicht unter 4 Proz. und nicht über 5 Proz. Stickstoff enthalten. Der Gehalt an Phosphorsäure darf nicht unter 5 Proz. P_2O_5 betragen. Der Preis für Stickstoff in Höhe von 210 Pfg. soll vorerst unverändert bleiben. Die angegebenen Preise haben die Zustimmung des Reichsernährungsamts bereits gefunden. In der gleichen Sitzung teilten die Vertreter der Düngemittelfabriken mit, daß auf Lieferung von reinem Superphosphat in Zukunft nicht mehr zu rechnen ist.

Landwirtschaft und Uebergangszeit

Dem Vernehmen nach bereitet der Kriegsausschuß für die deutsche Landwirtschaft, der sämtliche deutsche landwirtschaftliche Vereinigungen in sich schließt, nach Beendigung der Vorarbeiten eine umfangreiche Denkschrift an den Präsidenten des Reichsernährungsamtes vor, in der die Abteilung für Produktion und Uebergangswirtschaft des Kriegsausschusses, die unter Leitung des Grafen von Schwerin-Löwitz steht, zu allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen der Uebergangszeit eingehend Stellung nehmen wird. Die endgültige Beschlußfassung über die Vorlage der Denkschrift soll in einer dieser Woche stattfindenden Tagung des Kriegsausschusses erfolgen.

Börsen- und Handelsteil

Wochenbericht der Berliner Produktenbörse

Mangel an Ware ließ es auch in der mit dem 29. August abschließenden Berichtswoche im Produktenverkehr nicht zu lebhafterem Geschäft kommen. Das Angebot in Saatartikeln aus erster Hand ist zurzeit schon aus dem Grunde schwach, weil die dringende Beschäftigung der Landwirte den Verkauf erschwert. Dagegen ist die Nachfrage nach Sämereien unvermindert stark geblieben, besonders begehrt waren Winterwicken, sowie Spörgel und Inkarnatklee. Von Wicken suchte man durch Erhöhung der Gebote mehr Material herauszuziehen. Die Forderungen für Saatgetreide streifen die zulässige Höchstgrenze, so daß für die Kaufleute kein Nutzen bleiben dürfte. Man hofft, daß vom September ab, wenn die heute noch 40 Mark betragende Druschprämie ermäßigt ist, für Saatgetreide die Forderungen billiger werden. Die Knappheit an Heu hat angehalten, die unvermindert dringende Nachfrage konnte nicht befriedigt werden. Auch Stroh war nicht in genügender Menge zu haben. Nach Rüben besteht Begehr, aber es fehlt das Angebot, das erst in der Ernte herauskommen wird. Heidekraut ist zu Streu- und Malzzwecken gesucht, aber wegen Mangels an Arbeitskräften fehlen Offerten.

Nichtamtlich wurden nachstehende Preise ermittelt: Saatgut (neue Handelshöchstpreise) für 100 Kilogramm ab Station: Sommerwicken 65 M, Vogelwicken 43 M, Klee- und Grassämereien, neueste Richtpreise (Handelspreise Stufe II und III): Serradella 44—49 M, Rotklee 260—278 M, Wundklee 210 bis 228 M, Schwedischer Klee 210—228 M, Weißklee 160—176 M, Inkarnatklee 116—132 M, Gelbklee 96—106 M, Raygras 108 bis 120 M, Knaulgras 108—120 M, Wiesenschwingel 108—120 M, Schafschwingel 55—62 M, Timothy 96—106 M, Luzerne, asiatische 105—112 M, do. europäische 140—147 M, Esparsette 65—78 M, alles ir 50 Kilogramm ab Station. Heu ab Station: Wiesen- und Feldheu 8,40 M, gepreßtes 8,60 M, Kleeheu 9,40 M, gepreßtes 9,60 M. Stroh, ab Station: Flegeldruschstroh 4,80 M, Maschinendruschstroh 4,90 M, gepreßtes 4,75 M. Häcksel, ab Station: Station: 5,30 M und 35 ₰ für Leihsäcke. Heidekraut, ab Station, zu Streuzwecken 1,50 M, zur Vermahlung 2—2,50 Mark; Schilfrohr, ab Station, Schnitt vor der Blüte, 4—4,50 M: alles Rauhfutter für 50 Kilogramm.

Devisenkurse

Berlin, 3. Septbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	206¾	209¼
Dänemark	216	216¼
Schweden	238¾	239¼
Norwegen	216¼	216¾
Schweiz	155¼	155¾
Oesterreich-Ungarn	64.20	64.30
Bulgarien	80¼	81¼
Konstantinopel	19.90	20.00
für ein türkisches Pfund		
Spanien	127¼	128¼
für 100 Peseta		

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 3. Septbr. Der freie Börsenverkehr trat unter dem Einfluß der günstigen Kriegsberichte von Ost und West in die neue Berichtswoche mit einer kräftigen Aufwärtsbewegung am Industriemarkte ein. Bei sehr lebhaften Umsätzen und teilweise sprunghaften Kursveränderungen nach oben waren hier neben den führenden Montan-, vor allem Papier- und Zellstoff, sowie Autoaktien bevorzugt. Außerdem wurden auch Maschinen-, Waggon-, Rüstungs- und Petroleumaktien lebhaft und höher gehandelt, wobei das Interesse im Laufe der Börse von einem zum anderen Papier überspringt. Zu erwähnen sind auch noch verschiedene Nebenpapiere in dieser Beziehung. Für türkische Werte, besonders Orientbahn, hielt bei anfangs schwankenden und später stark befestigten Kursen die Kauflust an. Im Verlaufe wurde das Geschäft etwas ruhiger. Die Kurse vermochten sich bei leichten Schwankungen, aber gut, zu behaupten, wobei nach wie vor der sprunghafte Wechsel in den einzelnen bevorzugten Werten das Kennzeichen des Verkehrs bildet.

Produktenbericht.

Berlin, 3. Septbr. Berichte vom Lande lassen allgemein den Wunsch auf Aufhören der Niederschläge und Wärme erkennen, damit der Reifeprozeß der Kartoffeln und Rüben sich günstigerweise vollziehen kann. Bis jetzt sind die Aussichten allenthalben gute. Im hiesigen Verkehr ist keine nennenswerte Aenderung eingetreten. Die Spannung am Rauhfuttermarkt hält an. Anzeichen für eine Aenderung der Lage sind vorläufig nicht zu erblicken. Im Saatgeschäft wirkt die Knappheit an Material nach wie vor hemmend ein. Der Begehr muß, besonders was Grassämereien und Kleesämereien anbetrifft, zumeist unbefriedigt bleiben. Von Rotklee erhofft man auf den russischen und französischen Produktionsgebieten größere Zufuhren als im Vorjahre. Aus Ungarn liegen verschiedene Proben vor. Die Angebote von neuem Weißklee und Schwedenklee sind in ihren Forderungen zu hoch.

— **Ammendorfer Papierfabrik Akt.-Ges. in Halle.** Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr aus dem Verkauf von Papier 6 180 104 (4 587 442) Mk. Die Kosten der Fabrikate nahmen demgegenüber 4 751 489 (3 556 805) Mk. in Anspruch, so daß nach Abzug der Versicherungsbeiträge, der Teilschuldverschreibungszinsen und der Abschreibungen im Betrage von 250 238 (250 803) Mk. ein Ueberschuß von 1 581 098 (1 095 730) Mark verbleibt, in dem ein Vortrag von 459 272 (361 143) Mk. enthalten ist. Es wird die Ausschüttung einer Dividende von 36 (26) Prozent vorgeschlagen. 269 959 (157 458) Mk. will man zu Amortismen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte wenden und 543 169 (459 272) Mk. auf neue Rechnung vortragen. Der Unterstützungs- und Rentenkasse für die Beamten und Arbeiter werden 100 000 Mk., den Kriegswohlfahrtszwecken 50 000 Mk. zugewendet werden. Im Geschäftsbericht wird gesagt, daß die Erschwerungen des Betriebes infolge der Kriegsverhältnisse im abgelaufenen Geschäftsjahre in vollem Umfange weiter bestanden, ja sich noch steigerten. Nur durch größte Anspannung aller Kräfte konnte die Fabrikation leidlich aufrechterhalten werden. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft war dauernd sehr stark, so daß man den ganzen Vorrat abstoßen konnte. Diesem Umstande sowie der sehr großen Vorsicht in der Verausbeschaffung aller wichtigen Rohmaterialien ist zu einem großen Teile der günstige Abschluß zu danken. Die Instandhaltung der Maschinen, Gebäude usw. wurden aus laufenden Mitteln 117 976 Mk. verausgabt. Die Warenbestände stiegen von 953 488 auf 1 205 829 Mk., die Schulden von 942 [illegible] auf 1 562 848 Mk. Gläubiger werden mit 734 478 (694 706) Mk. ausgewiesen.

— **Kein Börsenschluß am Sonnabend.** Die Kommission des Börsenvorstandes hat beschlossen, diesem vorzuschlagen, daß der Antrag, eine Angelegenheiten der Sonnabendbörse alles beim alten bleiben soll, weil die Börsenvorstände von Hamburg und Frankfurt a. M. sich ablehnend verhalten.

— **Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes.** Der Reichsverband der deutschen Tiefbauunternehmer und der Tiefbaugewerbeberufsgenossenschaft für Deutschland haben sich zum „Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes e. V." vereinigt. Der Reichsverband bezweckt die Interessen des deutschen Tiefbaugewerbes in technischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Er ist in Bezirks- und Ortsgruppen gegliedert. Im Reichsverband sollen sich vor allem besondere alle physischen und juristischen Personen zusammenschließen, die das Tiefbaugewerbe im Haupt- oder Nebenbetriebe und die zur Förderung der Zwecke und Ziele des Reichsverbandes geeignet erscheinen. Auch Vereinigungen von Firmen verwandter Gewerbe können die Mitgliedschaft erwerben. Dem Reichsverband gehören bereits die namhaftesten Firmen des deutschen Tiefbaugewerbes als Mitglieder an.

— **Mendelsohn & Co.** Die nunmehrigen Inhaber der Firma Mendelsohn & Co., Franz von Mendelsohn und Max von Mendelsohn-Bartholdy machen bekannt, daß sie nach dem Ableben des Seniors Herrn Robert von Mendelsohn die Firma in Gemeinschaft mit der Witwe des Verstorbenen, Frau Gisela von Mendelsohn, welche als Teilhaberin eintritt, unverändert fortsetzen. Frau von Mendelsohn wird die Firma nicht zeichnen. Die Prokuren bleiben bestehen.

— **Zementpreise.** Wie wir hören, haben in letzter Zeit Verhandlungen innerhalb der Zementindustrie wegen einer Erhöhung der Preise, die zurzeit als unzulänglich bezeichnet werden, stattgefunden. Man ist sich über den Umfang der zu Fragen tragenden Preiserhöhung noch nicht einig. Die Reichsbaumwollstelle ist bis zur Stunde mit der Angelegenheit noch nicht befasst worden.

— **Erste Berliner Malzfabrik A.-G.** in Neukölln sei Berlin. Kürzlich haben Verhandlungen stattgefunden, die einen Uebergang des Unternehmens an die Stadt Neukölln zum Ziele hatten. Auch im Kreise der Stadtverordneten soll nach Meldung von „Tägl. Rundschau" dieser Plan bereits besprochen worden sein, doch haben die Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt.

— **Gründung einer Fahrzeugfabrik.** In Neustadt a. d. Orla beabsichtigt ein Konsortium von Kapitalisten unter Führung einer dortigen angesehenen Maschinenfabrik die Gründung einer Fahrzeugfabrik.

— **Tüll- und Gardinenweberei Plauen-Hafelbrunn,** Aktiengesellschaft. Der Generalversammlung setzte die heantragte Dividende auf 10 Prozent fest. Das Unternehmen ist für einige Monate mit Aufträgen versehen, für die auch Materialien vorhanden sind.

Letzte Telegramme

Oesterreichischer Schlachtbericht

Wien, 3. September. Aus dem Kriegspressequartier wird u. a. gemeldet: Noch immer liegt auf dem Monte Gabriele Tag und Nacht schweres Feuer. Zwei Angriffe dort wurden unter den schwersten Verlusten für den Gegner abgewiesen. Im Görzer Raum versuchte der Feind öfters Angriffe. Auf der Karsthochfläche das gewöhnliche Störungsfeuer. An der Kärtner Front behinderte trübes, unsichtiges Wetter die Gefechtstätigkeit. Bei Schio schoß unsere Artillerie ein Caproni-Flugzeug ab, das sich im Sturz mehrmals überschlug.

„Republikanisches Zentrum"

Stockholm, 3. September. Wie „Svenska Dagbladet" aus Haparanda erfährt, hat sich in Rußland unter dem Namen „Republikanisches Zentrum" ein Verein gebildet, dessen Zustandekommen mit der Reichskonferenz in Moskau zusammenhängen dürfte. Er fordert die Einführung der Ordnung und die Errichtung einer starken Regierungsmacht, die Wiederherstellung der Disziplin in der Armee, die Durchkämpfung des Krieges bis zum siegreichen Ende und die Herbeiführung der konstituierenden Versammlung.

Der russische Eisenbahnbetrieb

Kopenhagen, 3. Sept. Laut „Nowoje Wremja" hat der russische Verkehrsminister in einem Zirkulartelegramm an sämtlichen Eisenbahnverwaltungen in Rußland mitgeteilt, daß die Schwierigkeit, Kohlen und andere für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes nötigen Materialien herbeizuschaffen in Zukunft immer größer würde. Augenblicklich könnten nur 45 Prozent des täglichen Verbrauches angeschafft werden. Falls dieser Zustand andauere, müsse aller Verkehr am Ende des Monats eingestellt werden. — Das Personal der Staatseisenbahnen droht mit der allgemeinen Arbeitseinstellung, da ihm die geforderte Gehaltserhöhung nicht bewilligt wurde.

Einmischung Amerikas in die Angelegenheiten der Schweiz

Kopenhagen, 3. Sept. Das amerikanische Staatsdepartement verlangte von der schweizerischen Regierung Aufklärung über die Veranlassung und Durchführung der Haussuchung, die kürzlich von der schweizerischen Staatspolizei in den Räumen der in Bern erscheinenden „Freien Zeitung" vorgenommen wurde, die sich als deutsch-republikanisch bezeichnet. Amerika hält sich zu einer derartigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz berechtigt, weil durch die Behinderung der „Freien Zeitung" die Schweiz der deutschen Politik nütze und der Ententepolitik schade.

Gerichtliches Nachspiel

Berlin, 3. Sept. Wegen fahrlässigen Verschuldens des großen Eisenbahnunglücks am 11. November 1916 zwischen Rahnsdorf und Wilhelmshagen, wodurch der Balkanzug 19 Streckenarbeiterinnen zermalmte und eine große Anzahl anderer Arbeiterinnen schwer verletzt wurde, ist der Vorarbeiter Karl Krüger zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil i. V.: G. Wagner; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kreisholm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191709041-18/fragment/page=0004